

## **Aufschwung? Für wen?**

### **Hintergrundinformation zum Wirtschaftswachstum 2006 und zur Situation auf dem Arbeitsmarkt**

Von Florian Moritz (Referent für Wirtschaftspolitik)  
und Manuela Wischmann (Referentin für Arbeitsmarktpolitik)

22.02.2007

Seit einigen Monaten hält die Diskussion über den wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland an. In den Medien werden immer neue Zahlen zitiert: Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sei so hoch, wie seit Jahren nicht mehr. Zudem sei es erstmals wieder nicht nur vom Export getrieben, sondern auch von der Inlandsnachfrage. Außerdem gehe die Zahl der Arbeitslosen zurück und es gebe wieder mehr Beschäftigung – auch sozialversicherungspflichtige.

Die Regierung führt das zum Teil auf eine „Lohnzurückhaltung“ der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – also auf eine Umverteilung zugunsten von Gewinn- und Vermögenseinkommen zurück. Zudem sieht sie sich in ihrem neoliberalen Kurs bestätigt. In ihrem Jahreswirtschaftsbericht 2007 behauptet sie, um das Wirtschaftswachstum zu stabilisieren, müsse man „den Aufschwung für Reformen nutzen“. Welche Art von Reformen die Bundesregierung meint, ist klar: Sie kündigt unter anderem eine weitere Kürzung der Staatsausgaben, einen Ausbau des Niedriglohnssektors, eine weitere Entlastung für Unternehmen und eine Konzentration auf „internationale Wettbewerbsfähigkeit“ an.

Für eine Bewertung des Wirtschaftswachstums im Jahr 2006 und der Pläne der Bundesregierung für die Zukunft stellen sich allerdings verschiedene Fragen:

- 1.) Was ist wirklich dran am Aufschwung? Wie trugen die staatliche Nachfrage und die der privaten Haushalte, wie die Investitionen und der Export 2006 zum Wachstum bei? Handelt es sich bei der Erholung des Wachstums um anhaltende Ergebnisse von „Reformen“ oder um einen normalen Konjunkturaufschwung?
- 2.) Wem nutzt der Aufschwung? Wie sind die zusätzlichen Einkommen verteilt? Sind Arbeitsplätze entstanden und wenn ja, welche Qualität haben sie?
- 3.) Wie stabil ist das Wachstum? Wird die wirtschaftliche Erholung in den kommenden Jahren voraussichtlich weiter gehen oder abflauen?

Gerade die nur selten gestellte Frage nach den GewinnerInnen und VerliererInnen des Aufschwungs ist wichtig, weil viele Bürgerinnen und Bürger zwar an einen Wirtschaftsaufschwung glauben, nicht aber an eine Verbesserung ihrer persönlichen Situation. DIE LINKE. begreift Wirtschaftswachstum aber nicht als Selbstzweck. Wirtschaften dient zunächst der Bedarfsdeckung in der Bevölkerung. Um dieses Ziel zu erreichen, muss Wachstum vor allem denen nutzen, die heute arbeitslos sind oder zu Niedriglöhnen und schlechten Bedingungen arbeiten.

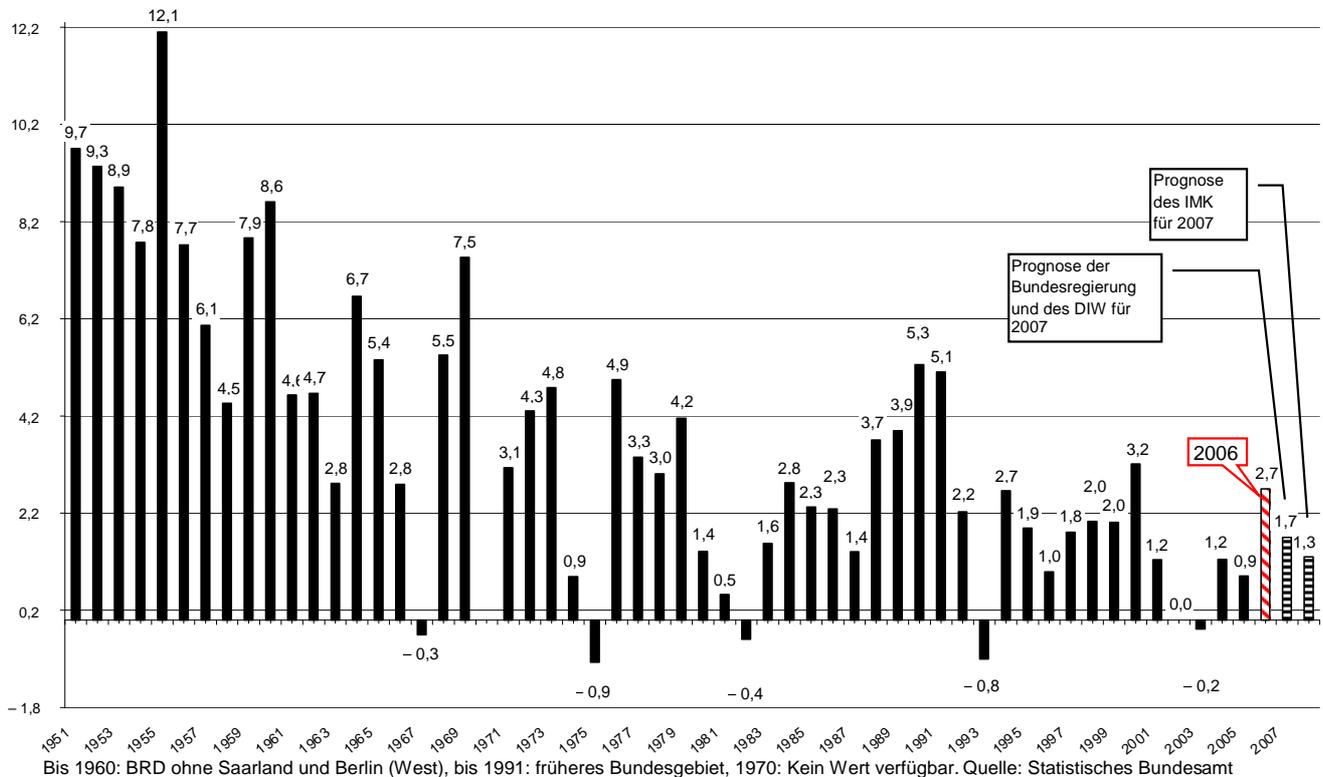
### **1.) Wirtschaftsentwicklung 2006**

#### ***1.1) Wächst die Wirtschaft?***

Die kapitalistische Wirtschaft wächst in Zyklen. Einer rezessiven Phase, in der die Wirtschaft schrumpft oder nur sehr wenig wächst, folgt in der Regel eine Phase relativ stärkeren Wachstums, wie *Abbildung 1* zeigt. Auch 2006 wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach einer vierjährigen Stagnation wieder stärker: Im ersten und im vierten Quartal 2006 erreichte das reale Wirtschaftswachstum im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresquartal deutlich über drei Prozent. Im Jahresdurchschnitt wuchs das BIP 2006 preisbereinigt um 2,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Berücksichtigt man, dass das

Jahr 2006 zwei Arbeitstage weniger hatte als 2005, beträgt das um diesen Effekt bereinigte Wachstum sogar 2,9 Prozent. Das ist zwar weniger als im Jahr 2000, aber dennoch der höchste Wert seitdem.

Abbildung 1: Wachstum des Bruttoinlandprodukts im Vergleich zum Vorjahr (preisbereinigt in %)



### 1.2) Wächst die Binnennachfrage?

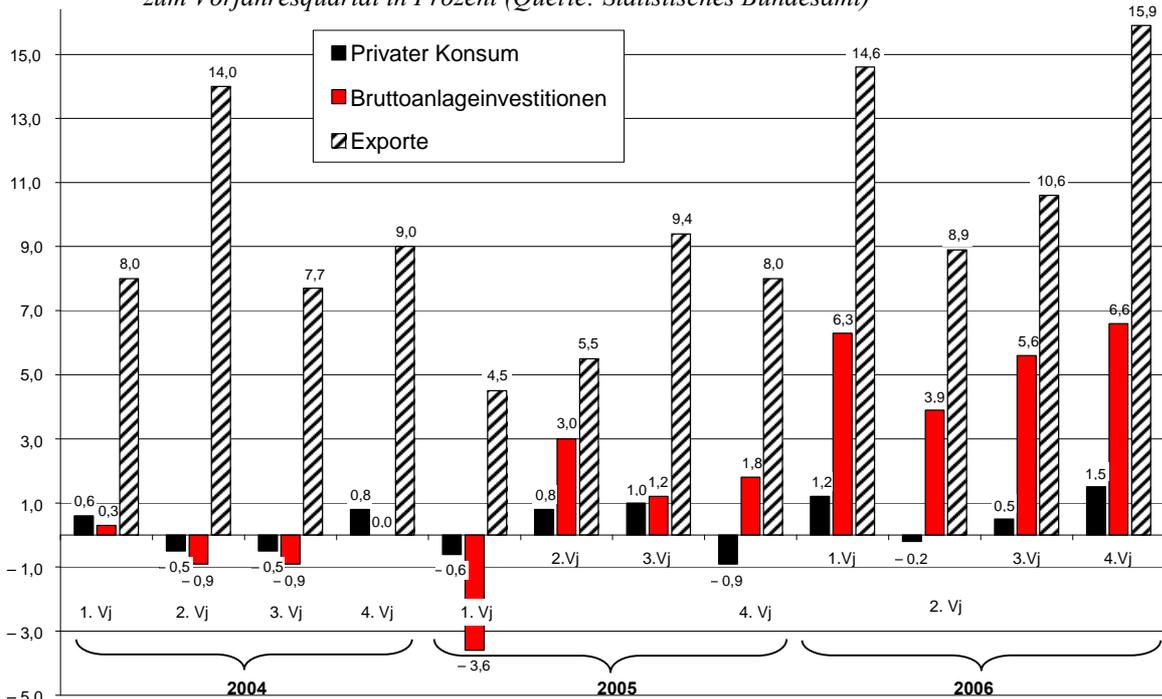
Das BIP setzt sich aus verschiedenen Komponenten zusammen – in erster Aufgliederung aus der Binnennachfrage und dem Außenbeitrag, also dem Saldo des Außenhandels. Die Binnennachfrage wiederum beinhaltet den Konsum der privaten Haushalte und des Staates, sowie die Investitionen. All diese Komponenten tragen in unterschiedlichem Ausmaß zum BIP-Wachstum bei.

Im Jahr 2006 wuchs die Binnennachfrage tatsächlich stärker als in den Vorjahren. Allerdings waren es dabei vor allem die Bruttoanlageinvestitionen, die gegenüber 2005 mit real 5,6 Prozent verhältnismäßig stark zugenommen haben. Die private Konsumnachfrage, deren Anteil am BIP jedes Jahr knapp 60 Prozent ausmacht, und die damit die wichtigste Nachfragekomponente ist, wächst mit 0,8 Prozent weiterhin nur auf niedrigem Niveau.

Ein richtiger Boom ist wie in den Vorjahren nur bei den Exporten zu verzeichnen. Sie wuchsen im Jahresdurchschnitt 2006 preisbereinigt um 12,5 Prozent gegenüber 2005.

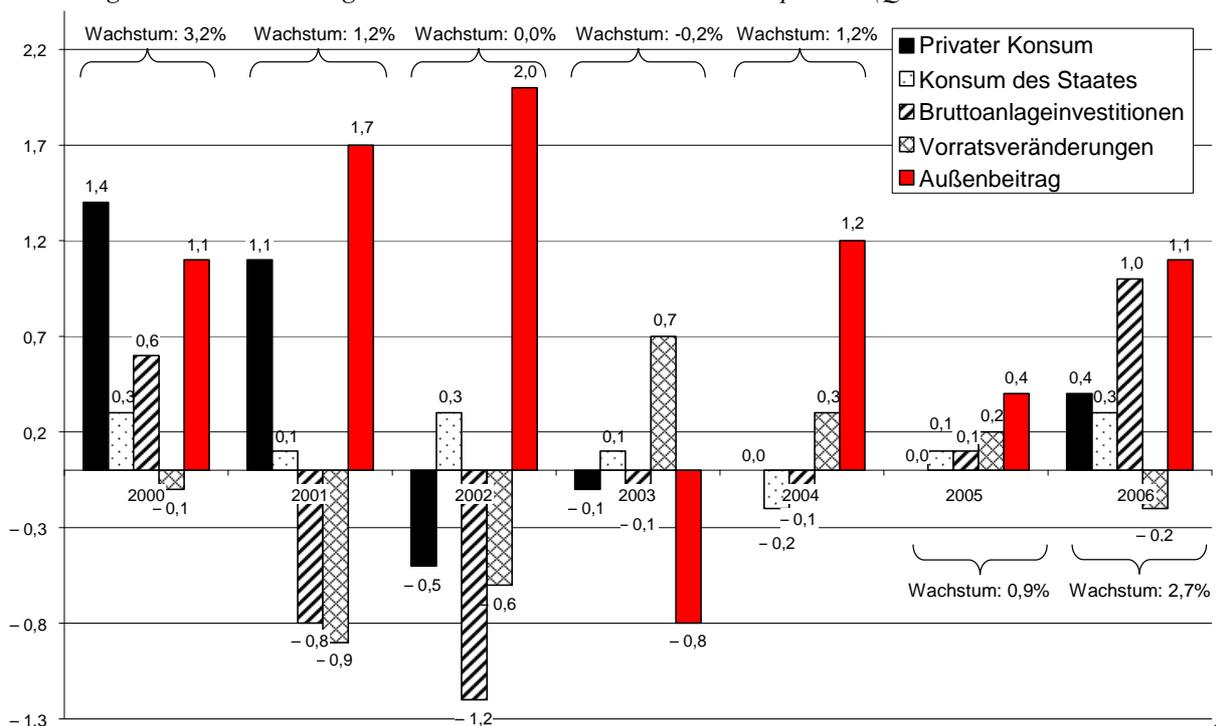
Der größte Teil des Anstiegs der Bruttoanlageinvestitionen geht auf das Konto der Unternehmen. Die Bruttoanlageinvestitionen des Staates stiegen zwar ebenfalls leicht, verharren 2006 mit nominal 32,4 Mrd.. Euro aber auf äußerst niedrigem Niveau (zum Vergleich: 1994 waren es nominal noch mehr als 45 Mrd. Euro, 1999 noch fast 38 Mrd. Euro). Seit Jahren sind die Abschreibungen des Staates größer als die Bruttoanlageinvestitionen. Der Staat baut so laufend die Substanz seines Kapitalstocks ab. Auch der Anteil der staatlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt ist im internationalen Vergleich seit Jahren niedrig: 2006 lag die staatliche Investitionsquote in Deutschland bei 1,4 Prozent, 2005 bei rund 1,3 Prozent. Im EU-Durchschnitt lag die Quote 2005 dagegen bei 2,4 Prozent, in Frankreich sogar bei 3,2 Prozent.

Abbildung 2 zeigt die Quartalszahlen zum realen Wachstum ausgewählter Nachfragekomponenten im Vergleich zum Vorjahresquartal in Prozent (Quelle: Statistisches Bundesamt)



Weil die Bruttoanlageinvestitionen 2006 verhältnismäßig stark gestiegen sind, hatten sie auch einen relativ hohen Anteil am Gesamtwachstum, wie *Abbildung 3* zeigt: Ein Prozentpunkt des 2,7prozentigen BIP-Wachstums gingen auf das Konto der Investitionen. Die private Konsumnachfrage machte mit 0,4 Prozentpunkten weniger als ein Sechstel des Wirtschaftswachstums aus. Ihre Bedeutung war nicht einmal halb so groß wie die des Exportüberschusses. Und das obwohl wegen der Mehrwertsteuererhöhung 2007 Konsumausgaben in Milliardenhöhe in das Jahr 2006 vorgezogen wurden. Die Investitionen sind die am stärksten schwankende Größe unter den Nachfrageindikatoren in der EU und deshalb hinsichtlich der Robustheit eines Aufschwungs wenig aussagekräftig. Um wirklich einen stabiles Wachstum zu erreichen, müsste die langfristig am wenigsten schwankende Größe – die private Konsumnachfrage – steigen. Das tut sie allerdings, wie oben gezeigt, kaum.

Abbildung 3: Wachstumsbeiträge zum realen BIP-Wachstum in Prozentpunkten (Quelle: Statistisches Bundesamt)



### 1.3) Woher kommen die Investitionen?

Die Art der hinzugekommenen Investitionen – ob es sich um Erweiterungsinvestitionen oder Ersatzinvestitionen, mit denen beispielsweise defekte Maschinen durch neue ersetzt werden, handelt – lässt sich statistisch kaum ermitteln. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass die Unternehmen wegen der vorangegangenen Investitionsflaute (2000 bis 2005) vor allem auch notwendige Reparatur- und Ersatzinvestitionen getätigt haben. Der Anteil der auf Erweiterungsinvestitionen zurückzuführen ist lässt sich durch die anhaltende Kapazitätsauslastung vieler Unternehmen erklären, die wiederum von der jahrelang stark wachsenden Auslandsnachfrage geschaffen wurde. Auch Sondereffekte wie die Fußball-Weltmeisterschaft hatten 2006 einen Einfluss auf die Investitionen. Das milde Wetter und die Abschaffung der Eigenheimzulage haben zu einem Anstieg der Bauinvestitionen ebenfalls beigetragen („Im Wohnungsbau kam es wegen der Abschaffung der Eigenheimzulage zum 1. Januar 2006 bereits ab dem vierten Quartal 2005 zu einem spürbaren Anstieg der Baugenehmigungen, die im Jahresverlauf 2006 zu vermehrten Bauinvestitionen führten“ [Statistisches Bundesamt 2007]).

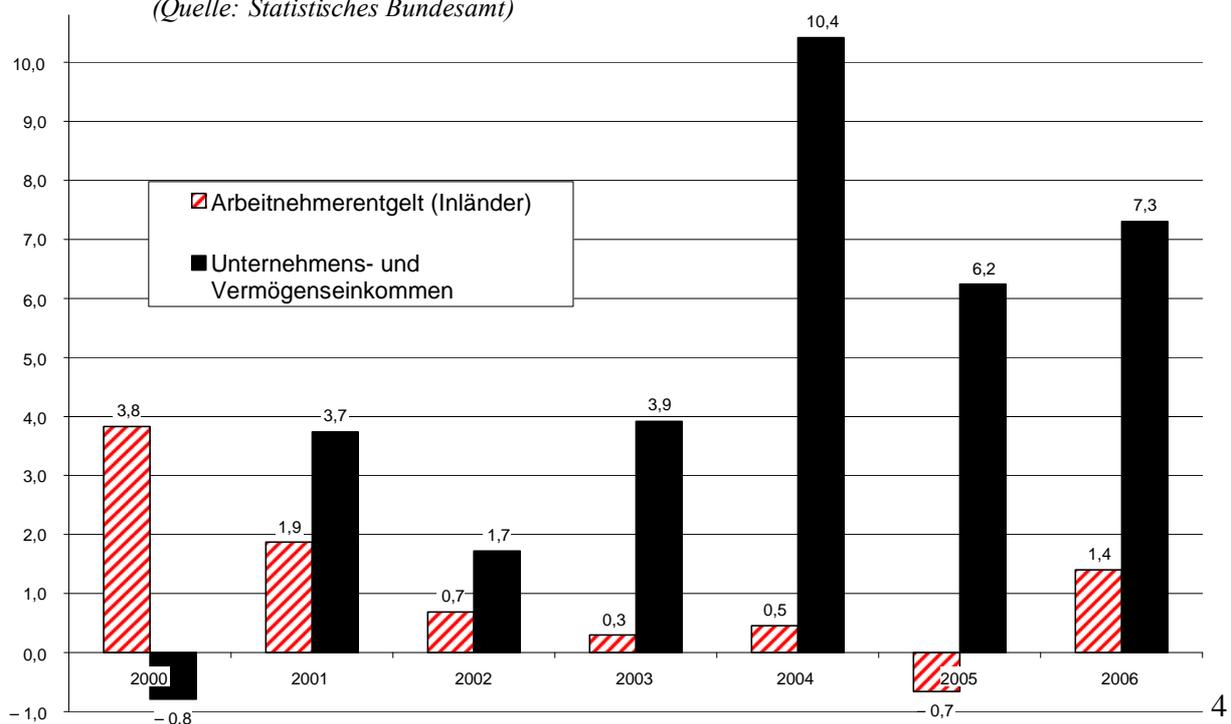
Die Bundesregierung führt die Zunahme der Investitionen in ihrem Jahreswirtschaftsbericht zudem auf ihr „Impulsprogramm“ und damit auf die vorübergehende Verbesserung der Abschreibungsbedingungen zurück: Der Bundestag hatte im März 2006 beschlossen, dass Anlagen, die in den Jahren 2006 und 2007 angeschafft werden, mit einem Satz von 30% statt 20% degressiv abgeschrieben werden können. Allerdings wird die degressive Abschreibung nach Plänen der Bundesregierung 2008 wieder komplett abgeschafft. Außerdem sind die Effekte großzügiger Abschreibungsregeln in Bezug auf die Investitionstätigkeit von Unternehmen umstritten. So belegen verschiedene empirische Untersuchungen, dass Unternehmen sich bei ihren Investitionsentscheidungen in der Regel nicht von steuerlichen Aspekten leiten lassen, es sei denn, es handelt sich um massive Vergünstigungen.

## 2) Wem nutzt der Aufschwung?

### 2.1) Entwicklung der Einkommensverteilung

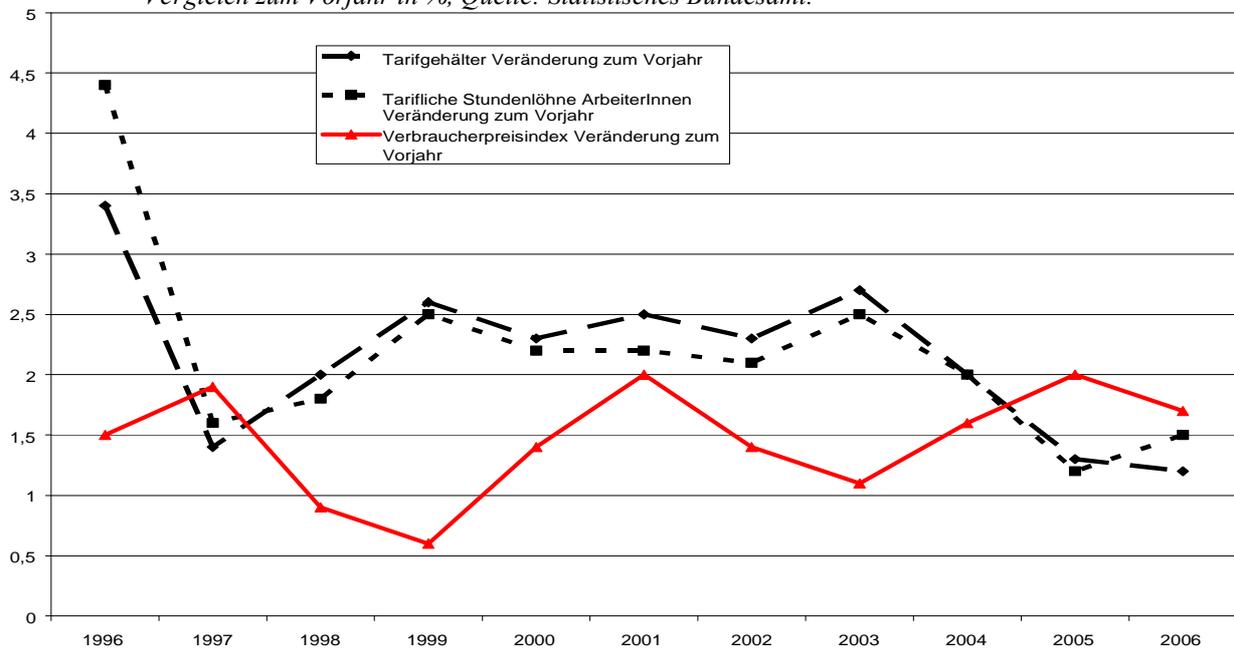
Wie schon in den Vorjahren haben sich ArbeitnehmerInnenentgelte und Unternehmens- bzw. Vermögenseinkommen in 2006 höchst unterschiedlich entwickelt: Während die ArbeitnehmerInnenentgelte nominal lediglich um 1,4 Prozent wuchsen, legten die Unternehmens- und Vermögenseinkommen mit 7,3 Prozent erneut sehr stark zu.

Abbildung 4: Wachstum der Bestandteile des nominalen Volkseinkommens im Vergleich zum Vorjahr in %, (Quelle: Statistisches Bundesamt)



Wenn man die Entwicklung der Tariflöhne und -gehälter mit der Entwicklung des Verbraucherpreisindex vergleicht, wird zudem deutlich, dass in den letzten beiden Jahre die Erhöhung der Löhne und Gehälter noch nicht einmal die Teuerungsrate ausgeglichen hat – trotz steigendem BIP!

Abbildung 5: Entwicklung der Tarifgehälter und -löhne, Entwicklung des Verbraucherpreisindex, jeweils im Vergleich zum Vorjahr in %, Quelle: Statistisches Bundesamt.

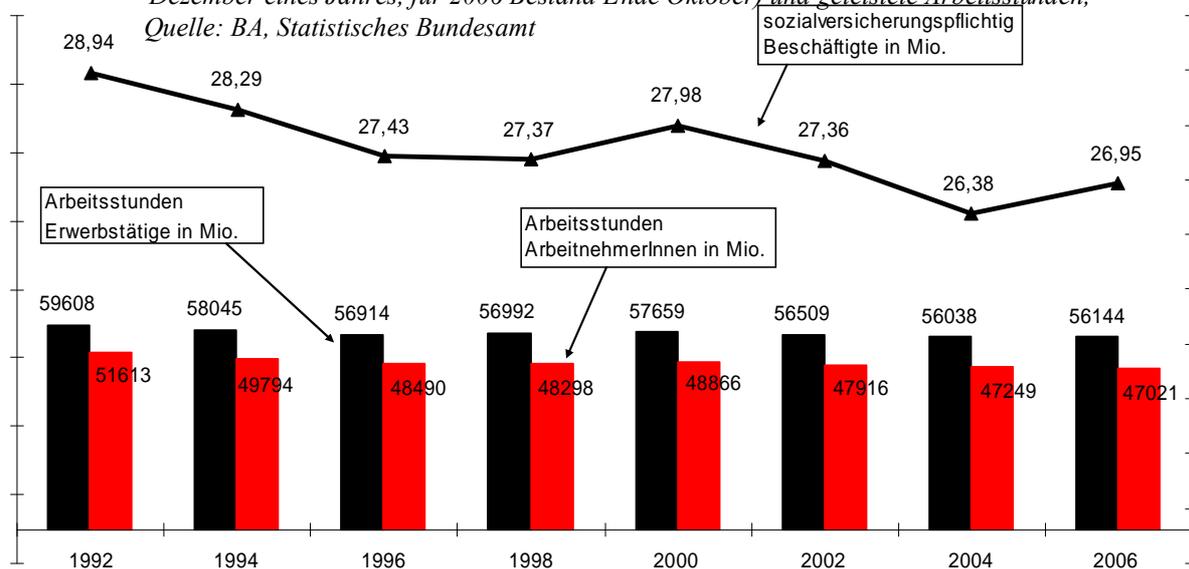


Die Entwicklung der Einkommen sowie der Löhne und Gehälter spiegelt sich auch in der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt: Die Arbeitslosigkeit sank zwar, die Qualität der neuen Beschäftigungsverhältnisse lässt allerdings zu wünschen übrig, wie die folgenden Abschnitte zeigen.

## 2.2) Das Arbeitsvolumen bleibt trotz Aufschwung konstant!

Allenthalben wird behauptet, der Aufschwung würde zu mehr Arbeit führen. Betrachtet man allerdings die Entwicklung der Arbeitsstunden, zeigt sich, dass diese nahezu konstant geblieben sind. Schon allein daraus lässt sich schließen, dass die Arbeit nicht zugenommen hat und der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung eher auf eine Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitarbeit zurückzuführen ist.

Abbildung 6: Entwicklung des Bestands der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (jeweils Ende Dezember eines Jahres, für 2006 Bestand Ende Oktober) und geleistete Arbeitsstunden, Quelle: BA, Statistisches Bundesamt



Generell ist fraglich, ob von einer Entlastung auf dem Arbeitsmarkt gesprochen werden kann: Im Dezember 2006 gab es nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) 4,008 Millionen registrierte Arbeitslose, was einem Rückgang um 597.384 gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, lag somit im Dezember 2006 bei 9,6 Prozent. Allerdings ist die Quote in Ostdeutschland mit 15,7 Prozent deutlich höher als in Westdeutschland mit 8,0 Prozent. Von den 4,008 Mio. Arbeitslosen entfallen 1,411 Mio. auf den Rechtskreis SGB III und 2,596 Mio. auf den Rechtskreis SGB II. Von den 1,411 Mio. Arbeitslosen aus dem Rechtskreis SGB III hatten wiederum lediglich 0,945 Mio. einen Anspruch auf Arbeitslosengeld I. Dies entspricht nach vorläufigen Zahlen nur noch 23,6 Prozent der Arbeitslosen, im Vergleich dazu waren es im Vorjahresmonat nach der vorläufigen Rechnung 29,8 Prozent, die dann auf 27,8 Prozent revidiert wurden (vgl. Paul M. Schröder, Kurzmitteilung vom 3. Januar 2007). Der Anteil der Arbeitslosen, die das beitragsfinanzierte Arbeitslosengeld I erhalten, ist also gesunken.

Im Jahresdurchschnitt waren 2006 4,487 Mio. Menschen arbeitslos, während es 2005 noch 4,861 Mio. waren. Die Arbeitslosenquote betrug im Jahresdurchschnitt 10,8 Prozent und ist somit im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 Prozentpunkte gesunken. In Ostdeutschland lag sie im Jahresdurchschnitt bei 17,3 Prozent und im Westen bei 9,1 Prozent.

Auch wenn die Zahlen einen Rückgang der Arbeitslosigkeit belegen, kann bei weitem nicht von einer Entlastung auf dem Arbeitsmarkt gesprochen werden. Ein großer Teil der neuen Beschäftigungsverhältnisse ist als prekär einzuordnen, viele Menschen befinden sich unfreiwillig in Ein-Euro- oder Minijobs, die sinkenden Arbeitslosenzahlen betreffen überproportional mehr Männer als Frauen. Außerdem gibt es immer noch über 4 Mio. Arbeitslose, nicht eingerechnet die verdeckte Arbeitslosigkeit<sup>1</sup> und die stille Reserve<sup>2</sup>. Daher ist immer noch von einer erheblichen Beschäftigungslücke und einer Misere auf dem Arbeitsmarkt – vor allem hinsichtlich qualitativer Aspekte – auszugehen. Im Folgenden sollen einige Anmerkungen und Analysen zur Arbeitsmarktentwicklung angeführt werden.

### ***2.3) Vor allem Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse!***

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung lag nach Schätzungen der BA im Oktober 2006 bei 26,95 Mio., was gegenüber dem Vorjahr einem Zuwachs von 392.000 Stellen entspricht. Nach eigenen Aussagen der BA beruht dieser Zuwachs in erster Linie auf einem starken Anwachsen bei unternehmensnahen Dienstleistungen, bei denen es sich hauptsächlich um Arbeitnehmerüberlassung, also Leiharbeit, handelt. Demgegenüber sind sowohl im Kredit- und Versicherungsgewerbe, in der öffentlichen Verwaltung und im Verarbeitenden Gewerbe Beschäftigungsverluste zu verzeichnen.

Vergleicht man den Zuwachs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Zeitraum Juni 2005 bis Juni 2006 mit dem Zuwachs der Leiharbeit im gleichen Zeitraum<sup>3</sup>, stellt sich heraus, dass insgesamt rund 176.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse und 144.895 Stellen im Bereich der Leiharbeit hinzugekommen sind. Damit hat die Leiharbeit einen Anteil von 82 Prozent an der so gepriesenen Zunahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Es ist davon auszugehen, dass sich dieser Trend auch bis zum Jahresende fortgesetzt hat, da die Leiharbeitsbranche weiterhin am stärksten gewachsen ist.

---

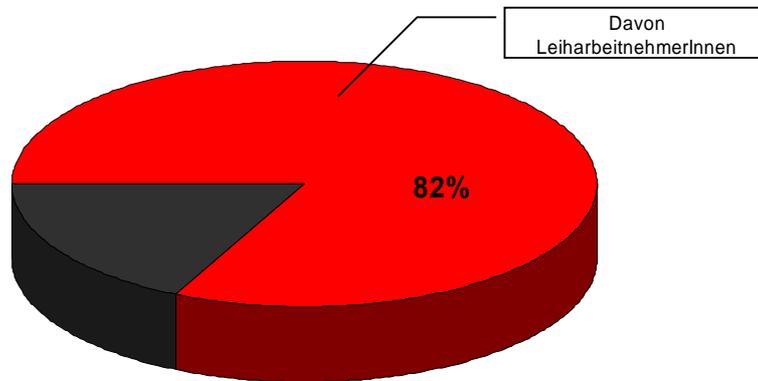
<sup>1</sup> Darunter werden Teilnehmende an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen verstanden, die den Arbeitsmarkt entlasten.

<sup>2</sup> Darunter werden Personen verstanden, die sich entmutigt nicht mehr arbeitslos melden, aber bei guter Arbeitsmarktlage eine Arbeit aufnehmen würden.

<sup>3</sup> Dies sind bezüglich der Leiharbeit die aktuellsten der Daten der BA.

Abbildung 7: Vor allem Leiharbeit nimmt zu.

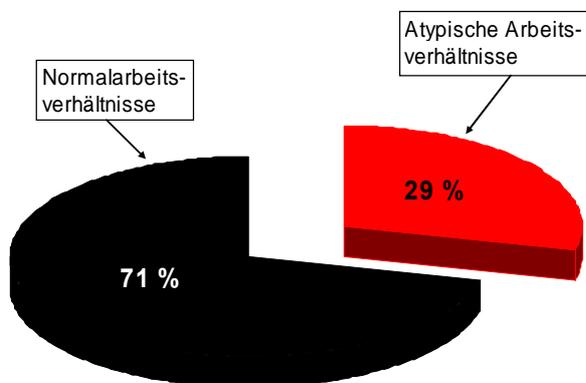
**Anstieg der Sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung  
von Juni 2005 bis Juni 2006: Insgesamt 176.000 zusätzliche  
Beschäftigte**



Wer diese Entwicklung begrüßt, folgt dem Motto „Irgendeine Arbeit ist besser als keine Arbeit“, ohne die qualitativen Aspekte zu berücksichtigen. Die Leiharbeit ist zumeist dem Bereich der prekären Beschäftigung zuzurechnen. Auch der aktuelle „Bericht der Bundesregierung über den Stand von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit und über das Unfall- und Berufskrankheitengeschehen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2005“ kommt zu dem Schluss: „Die Zeitarbeit ist in weiten Bereichen gekennzeichnet durch schlechte Arbeitsbedingungen, gering qualifizierte Tätigkeiten, fehlende Partizipation und im Durchschnitt schlechte Entlohnung. [...] Leiharbeiter haben nur geringe Chancen, an betrieblicher bzw. beruflicher Weiterbildung zu partizipieren. [...] Dementsprechend ergibt sich eine kontinuierliche Dequalifikation, was die Chancen auf dem Arbeitsmarkt für die in der Zeitarbeit Beschäftigten langfristig deutlich verschlechtert und ihre Beschäftigungsfähigkeit einschränkt.“ Auch die Unfallgefahr ist für LeiharbeiterInnen höher als für regulär Beschäftigte.

Insgesamt sind knapp 30 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse mittlerweile sog. atypische Beschäftigungsverhältnisse (befristete Arbeit, Mini- und Midijobs, Leiharbeit, Kurzarbeit, Teilzeitarbeit, ABM u.ä.). Hinzu gerechnet werden muss auch noch die größer werdende Zahl der Gruppe der sog. „Neuen Selbständigen“ bzw. Honorarkräfte. Hierbei handelt es sich häufig um eine erzwungene Selbständigkeit und eine nicht Existenz sichernde Beschäftigung über Honorar- oder Werkverträge.

Abbildung 8: Prekäre Arbeit nimmt zu, Stand Juni 2004, Quelle: böckler-impuls 2006 17/2006



West	Ost	
5,0 %	6,0 %	befristete Arbeit
0,1 %	1,5 %	ABM u.a.
3,0 %	4,0 %	Midijobs
12,0 %	7,0 %	Minijobs
1,0 %	0,8 %	Leiharbeit
7,0 %	9,0 %	Teilzeitarbeit
0,5 %	0,5 %	Kurzarbeit

Zu den oben beschriebenen atypischen Beschäftigungsverhältnissen gehören auch die sog. prekären Beschäftigungsverhältnisse, die im engeren Sinne durch unzureichende Löhne, eingeschränkten Anspruch auf ArbeitnehmerInnenschutzrechte und geringe Planungssicherheit sowie eine unsichere Zukunft gekennzeichnet sind. Hierzu zählt eine aktuelle

Studie (Brinkmann, Dörre u.a. 2006: Prekäre Arbeit – Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, Bonn) rund 14 Prozent der Erwerbstätigen. Das sind 5,4 Millionen.

Die Dynamik ist vor allem bei jungen Beschäftigten als dramatisch einzuschätzen: JedeR dritte Beschäftigte unter 20 Jahren hatte 2003 eine befristete Stelle, während es 1991 nur jedeR fünfte war.

Auch hinsichtlich der Entlohnung ist festzustellen, dass es einen großen Anteil an Armuts- und Niedriglöhnen gibt. Nach einer Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) sind 32 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten, oder mehr als 7,7 Mio., im Niedriglohnsektor beschäftigt (weniger als 75 Prozent des durchschnittlichen Bruttolohnes), 2,5 Mio. dieser Beschäftigten bezogen gar nur Armutslöhne (weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Bruttolohnes).

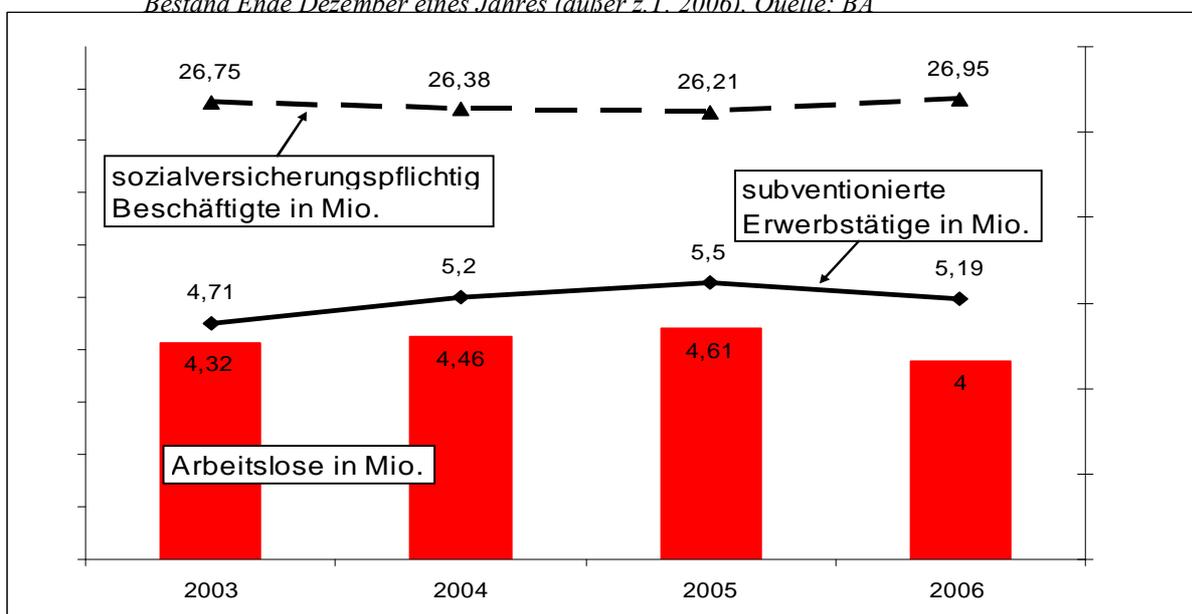
Vor diesem Hintergrund ist nicht nur keine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt auszumachen, sondern die Situation ist stattdessen für einen erheblichen Teil der Beschäftigten als dramatisch zu bezeichnen. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind nicht nur für die Betroffenen schlimm, sondern haben auch Auswirkungen auf regulär Beschäftigte und Stammbeschafteten. Diese machen die Erfahrung, dass sie leicht ersetzbar sind und haben Angst, selbst in die Arbeitslosigkeit oder in ein prekäres Beschäftigungsverhältnis „abzurutschen“. Dies wird noch dadurch verschärft, dass durch die Hartz-Gesetze im Falle der Arbeitslosigkeit keine Sicherung des Lebensstandards mehr möglich ist. Dörre spricht von der „Disziplinierung durch Angst“ bei den Beschäftigten, wodurch sie leichter erpressbar werden.

Die rot-grüne Koalition und nun auch die Große Koalition tragen nicht unerheblich dazu bei, dass der Anteil der prekären Beschäftigungsverhältnisse weiter steigt. Durch die mit den Hartz-Gesetzen eingeführten neuen Zumutbarkeitsregelungen und die immer schärfer werdenden Sanktionen bei Ablehnung eines „Angebots“, werden Arbeitslose immer stärker unter Druck gesetzt, jede Arbeit zu noch so schlechten Bedingungen anzunehmen.

#### 2.4) Schönen der Statistik!

Jahresdurchschnittlich gab es 2006 rund 277.000 Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (sog. Ein-Euro-Jobs). Hinzu kommen mit Stand Oktober 2006 4,73 Mio. ausschließlich geringfügig Beschäftigte. Sie tauchen nicht in der Statistik auf, obwohl von diesen beiden Gruppen wahrscheinlich ein erheblicher Teil lieber einen regulären Arbeitsplatz hätte, aber angesichts millionenfach fehlender Arbeitsplätze mit Existenz sichernden Löhnen und sozialer Absicherung keinen finden kann.

Abbildung 9: Entwicklung sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, subventionierte Erwerbstätige (Minijobs, Ein-Euro-Jobs, Ich-AG und Überbrückungsgeld) und Arbeitslosigkeit, jeweils Bestand Ende Dezember eines Jahres (außer z.T. 2006). Quelle: BA

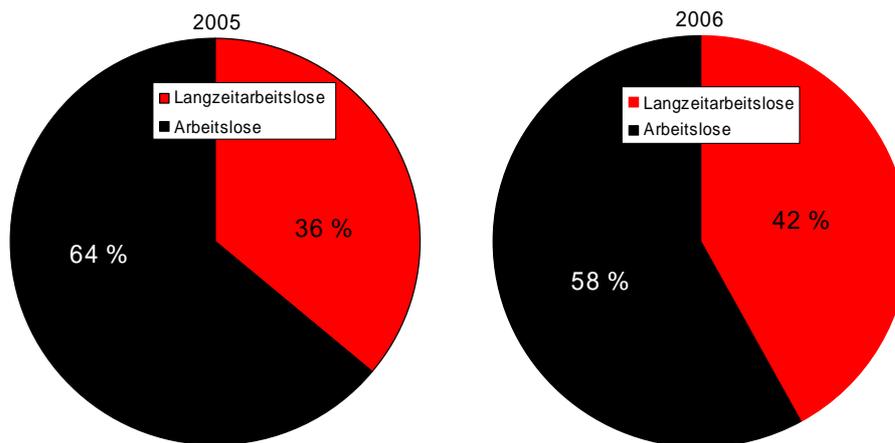


Ein-Euro-Jobs werden nicht in die Arbeitslosenstatistik aufgenommen, da sie als „Erwerbstätige eigener Art“ gelten. Hinsichtlich der Erwerbstätigenrechnung sind die positiven Zuwächse ohne Ein-Euro-Jobs zum Teil deutlich geringer. So ist ohne Ein-Euro-Jobs die Zahl der Erwerbstätigen 2006 bundesweit nicht um 0,7 Prozent, sondern nur um 0,5 Prozent angestiegen. Noch deutlicher zeigt sich dies bei Betrachtung von Berlin und Bremen: in Berlin schrumpft der Zuwachs von 1,3 auf 0,7 Prozent und in Bremen von 1,2 auf 0,6 Prozent (vgl. Paul M. Schröder, Kurzmitteilung vom 23. Januar 2007). Sowohl MinijobberInnen als auch Ein-Euro-JobberInnen sind sozial nicht abgesichert, fallen zumeist nicht unter geltende Schutzrechte und haben kein existenzsicherndes Einkommen. Beide Formen tragen zudem dazu bei, dass reguläre Beschäftigung weiter verdrängt wird.

### 2.5) Ungelöste Probleme!

Auch wenn dies von der BA zum Teil auf statistische Sondereffekte zurückgeführt wird, muss festgehalten werden, dass sich die Dauer der Arbeitslosigkeit in 2006 erhöht und die Langzeitarbeitslosigkeit zugenommen, sich somit verfestigt hat. Im Jahresdurchschnitt waren 42 Prozent der Arbeitslosen länger als ein Jahr arbeitslos, nach 36 Prozent im Jahr zuvor. Der vermeintliche Aufwärtstrend am Arbeitsmarkt geht also mitten rein in die Prekarität und an den Langzeitarbeitslosen vorbei.

Abbildung 10: Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit, Quelle: BA



Hinzu kommt, dass die Arbeitslosigkeit bei Männern weitaus stärker gesunken ist als bei Frauen. Im Vorjahresvergleich der Dezemberzahlen ist die Zahl der arbeitslosen Frauen mit 8,0 Prozent wesentlich geringer gesunken als die Zahl der arbeitslosen Männer mit 17,4 Prozent.

Auch im Ländervergleich stellt sich die Situation sehr differenziert dar. Während die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg um 18,6 Prozent abgenommen hat, ist sie in Mecklenburg-Vorpommern lediglich um 6,3 Prozent gesunken. Dies spiegelt sich auch in den Arbeitslosenquoten wider, die im Dezember 2006 in Baden-Württemberg bei 6,1 Prozent lag und in Mecklenburg-Vorpommern dagegen bei 19,3 Prozent.

### 3.) Was ist für die Zukunft zu erwarten?

#### 3.1) Instrumente der Großen Koalition zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme ungeeignet!

Die Instrumente der Großen Koalition tragen nicht zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme bei, sondern verschärfen sie eher:

Mit dem **Fortentwicklungsgesetz** im Bereich der Hartz-Gesetze wurden unter anderem die Sanktionen massiv verschärft, wodurch der Druck auf Arbeitslose, wirklich jede Arbeit – egal wie schlecht die Bedingungen sind – anzunehmen, nochmals verstärkt wurde.

Die **Rente mit 67** führt angesichts der schlechten Arbeitsmarktbedingungen zu einer faktischen Rentenkürzung. In einer IAB-Studie wurde herausgefunden, dass durch die Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre im Jahr 2030 mindestens 1,2 Mio. (bis zu 3 Mio.) zusätzliche Arbeitsplätze erforderlich sein werden, wodurch die Situation auf dem Arbeitsmarkt noch weiter verschärft wird. Statt die Arbeitszeit zu verkürzen und die vorhandene Arbeit gerechter zu verteilen, setzt die Große Koalition auf eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit, was sowohl beschäftigungs- als auch sozialpolitisch kontraproduktiv ist. Auch die Konzepte zur Verbesserung der Lage Älterer auf dem Arbeitsmarkt, die sog. Initiative „50 plus“, sind völlig ungeeignet, die Probleme zu lösen. Die Große Koalition setzt auf abgegriffene Kombilohnmodelle, die eher dazu geeignet sind, Ältere in den Niedriglohnsektor abzuschieben und Lohndumping zu befördern.

Auch der **„Bonus für Arbeit“** oder andere **Kombilohnmodelle** sind untauglich. Sie erzeugen hohe Mitnahmeeffekte und sind nichts anderes als eine Subventionierung von Löhnen. Das Ziel ist die massive Ausweitung von Niedriglohnbeschäftigung und die staatliche Subventionierung von Armutslöhnen. Die Arbeitgeber werden die Subventionen nutzen, die Löhne zu senken und damit Druck auf andere ausüben, es ihnen nachzutun. Die zu erwartenden Folgen sind daher Lohndumping und ein Absinken des allgemeinen Lohnniveaus.

Auch der von der SPD nun propagierte **„soziale Arbeitsmarkt“** ist nichts als Flickschusterei. Damit wird zwar ein Vorschlag der Fraktion DIE LINKE. (u.a.) aufgegriffen, aber mit einer angestrebten Zielmarke von 100.000 Beschäftigten reicht er nicht weit genug. Wir fordern in unserem Antrag bis 2009 500.000 öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse aufzubauen.

Die CDU fordert aktuell eine weitere **Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung**. Nachdem er seit Januar dieses Jahres ohnehin nur noch bei 4,2 Prozent des Bruttolohnes liegt, soll er weiter auf 4 Prozent abgesenkt werden. Damit stünde der BA noch weniger Geld für aktive Arbeitsmarktpolitik – beispielsweise die dringend erforderliche berufliche Weiterbildung – oder für eine Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes zur Verfügung. Das individuelle Arbeitslosigkeitsrisiko ist bei gering Qualifizierten höher als bei Qualifizierten. Dem muss mit stärkerer Qualifizierung begegnet werden, wozu mehr Geld und nicht weniger notwendig ist. Die sog. „Lohnnebenkosten“ sind Bestandteil der ArbeitnehmerInnenentgelte, hier zu kürzen bedeutet, die Löhne zu kürzen und immer tiefere Einschnitte in das soziale Netz vorzunehmen. Eine weitere Senkung der „Lohnnebenkosten“ führt nicht, wie behauptet, zu mehr Beschäftigung. Aktuelle Studien belegen, dass es keinen Zusammenhang von niedrigen Löhnen bzw. stärkerer Lohnspreizung und mehr Beschäftigung gibt.<sup>4</sup> Vielmehr liegen die Ursachen für die Arbeitslosigkeit in einer Schwäche der Binnennachfrage – eben wegen zu geringer Löhne – in der Produktivkraftentwicklung und im Strukturwandel.

Eine **Gewinn- bzw. Kapitalbeteiligung** von MitarbeiterInnen, wie sie die Bundesregierung auch in ihrem Jahreswirtschaftsbericht als Mittel der „höheren Entlohnung“ anregt, wird wohl vor allem ein Etikettenschwindel bleiben. Die üblichen Modelle sehen nämlich vor, dass Kapitalbeteiligungen nicht zusätzlich zu einer Steigerung der Barlöhne erfolgen, sondern eben auf deren Kosten. Eine solche Maßnahme würde die Barlöhne und damit die Kaufkraft der Beschäftigten also noch drücken.

Auf anhaltendes Wirtschaftswachstum in den kommenden Jahren und eine damit einhergehende stärkere Nachfrage nach Arbeit wird sich die Regierung also auch deshalb nicht verlassen können: Das BIP-Wachstum bleibt zumindest fragil.

---

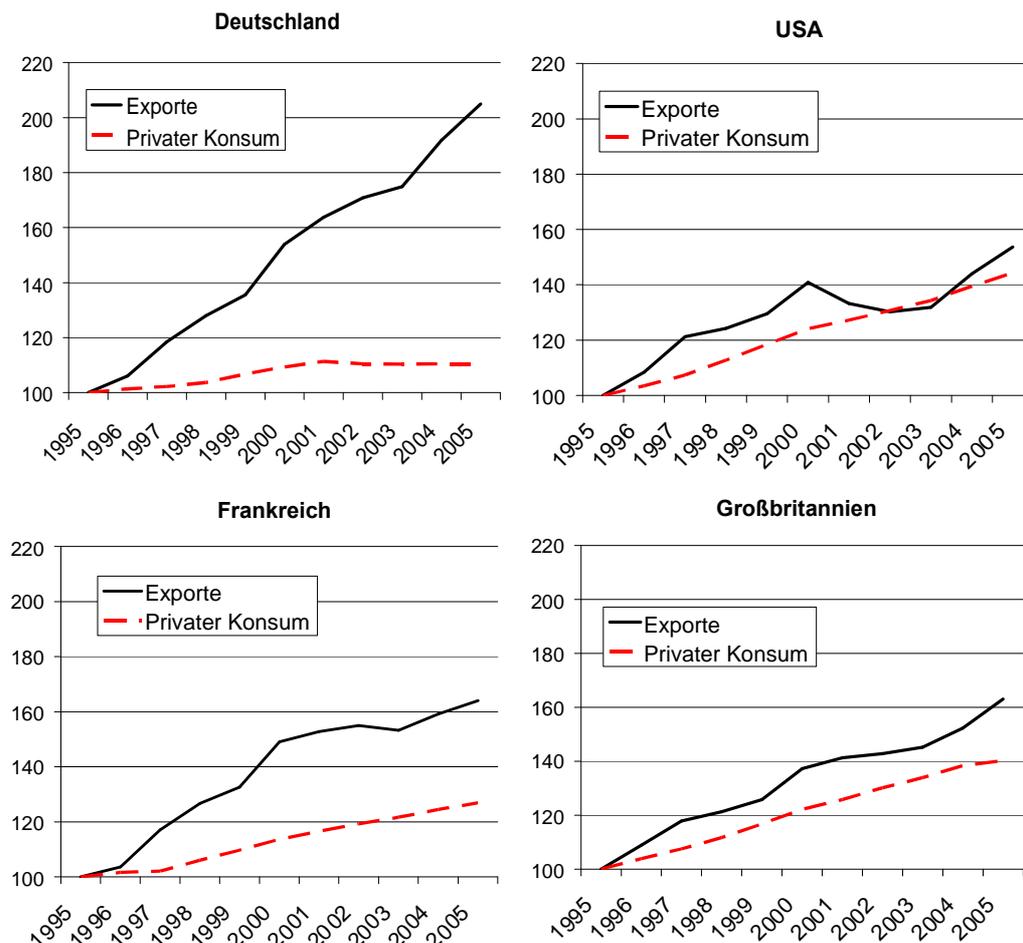
<sup>4</sup> Schettkat, Ronald: Lohnspreizung: Mythen und Fakten, Edition der Hans-Böckler-Stiftung 183, Düsseldorf 2006

### 3.2) Wie stabil ist das Wachstum?

Die stark einseitige Exportorientierung und die nach wie vor schwache private Konsumnachfrage können kaum als Garant für eine nachhaltig stabile Wachstumsphase herhalten. Das Wachstum wird sich in 2007 voraussichtlich wieder abschwächen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) prognostizierte im Januar ein reales Wachstum von 1,7 Prozent für das Jahr 2007. Die Bundesregierung geht in ihrem Jahreswirtschaftsbericht von der gleichen Zahl aus. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) erwartet sogar eine Halbierung des Wachstums auf 1,3 Prozent im Jahr 2007 (Vgl. *Abbildung 1*).

Obwohl die Mehrwertsteuererhöhung um drei Prozentpunkte bislang offenbar nur teilweise auf die VerbraucherInnen abgewälzt wurde, kann davon ausgegangen werden, dass die Erhöhung Auswirkungen auf die ohnehin schwache Binnennachfrage haben wird. Hinzu kommen andere finanzpolitische Maßnahmen, die die Kaufkraft der Bürger schwächen (höhere Renten- und Krankenversicherungsbeiträge, Abschaffung des Sparerfreibetrages und der Entfernungspauschale...). Das DIW beziffert den negativen Gesamteffekt dieser Maßnahmen auf die Kaufkraft mit 20 Milliarden Euro, die Verbraucherzentralen berechneten Be- und Entlastungen in 2007 und kamen auf eine Mehrbelastung von unterm Strich 23,5 Milliarden Euro. Die Gewerkschaft ver.di erwartet sogar allein durch die Mehrwertsteuererhöhung einen Nachfragerückgang von 24 Milliarden Euro. Damit wird sich in Deutschland der im Vergleich zu anderen Ländern einzigartige Trend fortsetzen, nur auf Exportwachstum zu setzen und die Binnennachfrage zu vernachlässigen.

*Abbildung 11: Wachstum der privaten Konsumnachfrage und der Exporte im Vergleich zum Vorjahr von 1995 bis 2005 mit 1995=100 (Quelle: Ameco-Datenbank)*



Ohne eine Belebung der privaten Konsumnachfrage wird auch eine Steigerung der Unternehmensinvestitionen nicht von Dauer sein. Ein umfassendes öffentliches Investitionsprogramm ist von dieser

Bundesregierung ebenfalls nicht zu erwarten – die Regierung betont in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 2007, dass sie eine Haushaltskonsolidierung weiter vor allem über die Ausgabenseite betreiben will.

So schwierig Prognosen für die Zukunft auch sein mögen – klar ist, dass Deutschland mit seiner einseitigen Exportorientierung stark abhängig von der Entwicklung der Weltwirtschaft, und damit zusätzlichen Unsicherheiten und Unwägbarkeiten ausgesetzt ist. Laut IMK Report vom Dezember 2006 wird die Weltkonjunktur 2007 an Dynamik einbüßen. Schuld daran ist unter anderem der straffere geldpolitische Kurs der Zentralbanken in den Industrieländern und der damit einhergehend höhere Zins. In den USA hat sich die Konjunktur u.a. deshalb bereits in 2006 abgeschwächt. Auch haben dort die Preise am Immobilienmarkt begonnen zu sinken. Die dadurch sinkenden Vermögenszuwächse hatten laut DIW negative Auswirkungen auf die Konsumdynamik.

Bislang wachsen das Leistungsbilanzdefizit der USA und die damit einhergehende Auslandsverschuldung auf neue Höchstwerte und verstärken die globalen Unsicherheiten. Um den enormen Konsum der US-AmerikanerInnen zu drosseln und das Leistungsbilanzdefizit abzubauen, muss der Dollar abwerten. Die US-Währung hat bereits 2006 – vor allem gegenüber dem Euro – abgewertet. Das DIW erwartet für das zweite Halbjahr 2007 eine weitere Schwächung des Dollars. Zusammen mit einer Abkühlung der US-Konjunktur könnte das ein weiteres Wachstum der exportorientierten deutschen Wirtschaft behindern. Zwar exportiert Deutschland mittlerweile den größten Teil seiner Waren und Dienstleistungen in andere EU-Länder, die USA bleiben nach Frankreich aber der zweitwichtigste Abnehmer für deutsche Exporte. Hinzu kommt die über den Weltmarkt vermittelte indirekte Abhängigkeit vom „Importstaubsauger“ USA.

#### **4.) Forderungen der Fraktion DIE LINKE.**

Um wieder ein wirklich stabiles Wachstum zu erreichen, muss die Binnennachfrage in Deutschland gestärkt werden. Das stabilisiert auch die europäische Wirtschaft, in der Deutschland mittlerweile als Dumpingland verschrien ist. Zudem verringert es Unsicherheiten in der Weltwirtschaft und kann die gefährlichen Ungleichgewichte im Hinblick auf die US-Leistungsbilanz abbauen.

Dazu bedarf es steigender Reallöhne – was nicht zuletzt auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit ist. Die Politik kann hierbei mit einem gesetzlichen Mindestlohn von acht Euro einen Beitrag leisten. Ein gesetzlicher Mindestlohn ist auch geeignet, Armut trotz Arbeit zu verhindern – und somit prekäre Beschäftigung aufgrund von Armutslöhnen. Auch die Leistungen für Erwerbslose müssen angehoben werden.

Eine Rücknahme der Mehrwertsteuererhöhung und eine gerechte Steuerpolitik können die Kaufkraft der Bevölkerung stärken und durch eine Belastung der Vermögenseinkommen und der hohen Einkommen die öffentlichen Haushalte entlasten.

Das ist bitter nötig damit auch der Staat endlich wieder längst fällige Investitionen tätigen und so zur Inlandsnachfrage beitragen kann. DIE LINKE. fordert ein umfassendes öffentliches Investitionsprogramm, das eine sozial-ökologische Erneuerung mit der Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen verbindet.

Zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit ist eine Ausweitung und neue Qualität öffentlich finanzierter Beschäftigung notwendig. Angesichts des Ausmaßes der Langzeitarbeitslosigkeit (im Jahresdurchschnitt 2006 1,6 Mio.) muss dies in einem nennenswerten Umfang geschehen. DIE LINKE. schlägt vor, bis 2009 500.000 Beschäftigungsverhältnisse zu fördern.

Des Weiteren hat die Fraktion DIE LINKE. sowohl einen Antrag zur Verhinderung der Rente mit 67 als auch einen Antrag zur Verbesserung der Beschäftigungssituation Älterer in den Bundestag eingebracht. Dies ist dringend geboten: Im Jahr 2005 gab es 1,2 Mio. Arbeitslose, die älter als 50 Jahre waren. Die Arbeitslosenquote der 50- bis 65-Jährigen liegt mit rund 18 Prozent deutlich über dem Durch-

schnitt und die Beschäftigungsquote der 55- bis 64-Jährigen betrug im Jahr 2004 lediglich 41,4 Prozent. Die Beschäftigungssituation Älterer kann nur durch ein kohärentes Gesamtkonzept angegangen werden: Weiterführung und Weiterentwicklung der Altersteilzeit, mehr berufliche Weiterbildung für Beschäftigte und Erwerbslose, Verbesserung des Kündigungsschutzes, Einfluss auf die Personalpolitik der Unternehmen durch Bonus-/Malus-Systeme, mehr Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie mehr Beratung der Unternehmen über alters- und altersgerechte Arbeitsorganisation und Arbeitsgestaltung.

Zur Eindämmung einer weiteren Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse arbeitet DIE LINKE. an einem Vorschlag zur sozial gerechten Regulierung von Leiharbeit. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter bekommen durchschnittlich 2-3 Euro weniger Lohn und sind weniger geschützt als regulär Beschäftigte. Daher steht die Umsetzung folgender Prinzipien im Mittelpunkt unserer Eckpunkte: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, der Schutz regulärer Beschäftigungsverhältnisse sowie die Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung über den Einsatz von Leiharbeit.

Zudem muss eine weitere Begünstigung prekärer Beschäftigung abgeschafft werden – und zwar die der Minijobs. Minijobs bieten für die Beschäftigten keine soziale Absicherung und beinhalten die Gefahr der Altersarmut. Hiervon sind vor allem Frauen betroffen, die überproportional oft im Bereich der Minijobs arbeiten. Außerdem setzen Minijobs einen Anreiz zur Verdrängung regulärer sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse – und damit einer Ausweitung prekärer Beschäftigung. DIE LINKE. wird sich dafür einsetzen, dass die Begünstigung der Minijobs abgeschafft wird und jede Arbeit sozialversicherungspflichtig ist. Dadurch sind die Beschäftigten vor sozialen Risiken abgesichert und es werden keine Anreize zur Substitution sozialversicherungspflichtiger Arbeit gesetzt.

Eine weitere Forderung der Fraktion DIE LINKE. ist der Ausbau des Kündigungsschutzes. In diesem Zusammenhang fordern wir auch die Aufhebung der Möglichkeit sachgrundloser Befristungen als Umgehung des Kündigungsschutzes.

Nicht zuletzt setzen wir uns für eine Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I und für eine Verbesserung der Zumutbarkeitsregelungen ein. Dadurch soll sowohl der Angst vor dem Verlust des Lebensstandards im Falle der Arbeitslosigkeit und der faktischen Enteignung als auch dem steigenden Druck, jede Arbeit, egal zu welchen Bedingungen, annehmen zu müssen, entgegen gewirkt werden.